

Schule und Wirtschaft

Symposium der österreichischen Gesellschaft für Schule und Recht am 27. 1. 2010

Der Präsident der ÖGSR, **HR Dr. Markus Juranek** begrüßt die Anwesenden zum 7. Symposium der Gesellschaft. Er erwähnt die Stellen im Schulunterrichts- und Schulorganisationsgesetz, die sich im engeren und weiteren Sinn mit Schule und Wirtschaft und vor allem auch der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler befassen. Er verweist auf die Spannungsfelder Allgemeinbildung versus Berufsbildung und stellt die Frage, ob es genügt, was derzeit in der Schule im Hinblick auf Berufsorientierung angeboten wird.

Mag. Angelika Flatz, Sektionschefin im Bundeskanzleramt, betont in ihrer Begrüßung die engen Verbindungen zwischen Schule und Wirtschaft. Von den Absolvent/innen wird Selbstorganisationsfähigkeit und eigenverantwortliches Agieren, von den Schulen Persönlichkeitsbildung und die Vermittlung von hohem Wissen erwartet.

MR Dr. Friedrich Fröhlich eröffnet die Sitzung in Vertretung von BM Dr. Claudia Schmied. Er verweist auf die vielen Rechtsvorschriften, die es in den Schulen gibt und auf die Normen aus anderen Rechtsbereichen, wie Datenschutz, Urheberrecht, usw. die in die Schule hineinwirken.

Univ. Prof. Dr. Christian Smekal, ehemaliger Rektor der Universität Innsbruck, spricht zum Thema Wirtschaftsethik im Kontext Schule. Er setzt sich zunächst grundsätzlich mit Wirtschaftsethik auseinander und widerspricht der Aussage von Karl Kraus, dass Ethik und Wirtschaft nichts miteinander zu tun hätten. Seit dem Untergang des kommunistischen Wirtschaftssystems 1989 trat die freie Marktwirtschaft ihren Siegeszug an, die aber vier Schwachpunkte aufweist:

- Intransparent, da sie auf interaktiven Abstimmungsprozessen beruht, die Ergebnisse sind schwer vorhersehbar und ethisch schwer zurechenbar. Wer ist schuld, wenn etwas schief geht?
- Missbrauchs anfällig (Täuschung, Betrug, unlauterer Wettbewerb, Ausbeutung)
- Wettbewerb funktioniert dann nicht, wenn ein Ziel nur erreicht werden kann wenn alle mit-tun (Gefangenendilemma)
- Hohe Einkommensdifferenzen im Wettbewerb (wessen Verdienst sind hohe Gewinne?)

Notwendig ist eine gesamtgesellschaftliche Steuerung, die durch einen den Wettbewerb schützenden Staat erfolgt. Gesetzliche Regelwerke sind dort angebracht, wo der Wettbewerb nicht funktioniert (Umweltschutz, Geldwesen). Es gibt große Unterschiede zwischen den USA und Europa, erstere setzen eher auf Freiheit, letztere auf mehr Regulierung. Durch die Globalisierung kommt es zu einer großen sozialetischen Herausforderung im Hinblick auf die individuelle Verantwortung. Die Wirtschaft ist als Subsystem der Gesellschaft zu verstehen. Die Bildungsaufgabe der Schule liegt in der Wertevermittlung und in der Gewissensbildung. Es müssen Kenntnisse wirtschaftlicher Sachzusammenhänge vermittelt werden um ein differenziertes Urteilsvermögen bei Entscheidungsprozessen gewährleisten zu können. Ökonomie optimiert den Ressourceneneinsatz, Ethik optimiert die Werte.

Dr. Jutta Zemanek, Vizerektorin der Pädagogischen Hochschule in Wien, befasst sich mit schul- und zivilrechtlichen Aspekten der Diplomarbeiten an der HTL. Seit 1999 können die Schüler/innen bei den Abschlussprüfungen an Stelle der 35 stündigen Projektklausur eine Diplomarbeit (relevante Paragraphen im SchUG § 34/3, § 37, 373 erstellen. Die Arbeitszeit dafür beträgt 200 Stunden. Zusätzlich gibt es 37 Stunden Unterricht pro Woche. Die Diplomarbeit muss berufsbezogene Elemente enthalten, Wissen und dessen Anwendung dokumentieren, und es muss die soziale Bereitschaft für innovative vorhanden sein. Die Diplomarbeiten werden in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner erstellt und hier ist es wichtig, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen stimmen. Die beste Lösung ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen Schüler und Projektpartner, es wurden dafür Musterverträge erstellt, in die die Schule Einsichtnehmen darf. Ein Abbruch der Diplomarbeit ist bis

Ende des ersten Semesters möglich. Die Schüler/innen sollten trachten bis zu dem Zeitpunkt alle nötigen Informationen zu haben, sollte die Firma z.B. in Konkurs gehen.

Der Direktor der HTL Spengergasse meint, dass der Bereich Schule und Wirtschaft noch in einer gewissen Grauzone liegt, dass aber eine in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erstellte Diplomarbeit „das Beste ist, was passieren kann“. Drei Schüler/innen seiner Schule stellen zwei Good Practice Projekte vor. „Innovative Camouflage“ (Tarnmuster für Militäranzüge) und Trans ECO2 mpare (Interessensneutrale Verkehrsträgerbewertung).

Dr. Friederike Sözen, Wirtschaftskammer Wien, Abt. Bildungspolitik, spricht zum Thema „Wie viel Wirtschaft braucht die Schule?“ und erklärt zu Beginn „Wir brauchen mehr Unternehmergeist“. Die Jugend hat nur begrenztes Interesse für die Wirtschaft und daher auch nur ein eingeschränktes Wirtschaftswissen, vor allem die AHS Schüler/innen. Es mangelt an Kreativität und Dynamik.

Die Wirtschaftskammer bietet Verschiedenes an, unter anderem die Arbeitsgemeinschaft Schule und Wirtschaft, die Heftreihe Volkswirtschaft plus, Bildungscluster, Go International.

Sie stellt dann den Unternehmerführerschein vor, der 2004 eingeführt und ursprünglich für die AHS konzipiert wurde. Jetzt wird er auch in Berufsschulen und landwirtschaftlichen Schulen eingesetzt. In den fünf Jahren wurden über 16 500 Zertifikate ausgestellt, das Konzept wurde nach Deutschland und Frankreich, Polen, Albanien, sogar nach Mali exportiert. Der Unterricht erfährt eine Aufwertung, die Wirtschaftskammer bietet Seminare für Lehrer/innen dazu an.

Dr. Sözen beklagt, dass es zu wenig Berufsorientierung an den Schulen gibt, BO in der 7. und 8. Schulstufe reicht nicht aus, 20% der Lehrlinge sind für den Arbeitsmarkt nicht geeignet, Schulnoten sagen nichts über das Kompetenzniveau aus. Sie hofft auf eine Verbesserung durch die Einführung der Standards. Bei den 10- bis 14-jährigen ist viel zu tun.

Der Vortrag von **Univ. Prof. Dr. Joseff Aff** „Wie viel Schule braucht die Wirtschaft?“ muss krankheitsbedingt entfallen.

In der folgenden **Diskussion** meint der Vertreter der AK Tirol und ehemalige Bildungssprecher der SPÖ DDr. Erwin Niederwieser, dass Schüler/innen meinten, dass sie bei Wirtschaftsspielen in einem halben Tag mehr gelernt hätten als in zwei Jahren Unterricht. In der Schule sollte man auch über die Kosten Bescheid wissen: Absenkung auf 25 Kinder pro Klasse, sechs Stunden zusätzlich in der Neuen Mittelschule, Eröffnung zusätzlicher Klassen, usw. In der Schule sollte im Zusammenhang mit Ethik und Wirtschaft darauf hingewiesen werden, dass es auch andere Formen als den Kapitalismus gibt.

Prof. Smekal erwidert, dass Ethik in der Schule eine Querschnittsmaterie ist, sie müsste kein eigenes Fach sein. Politische Bildung könnte man auf politische und wirtschaftliche Bildung erweitern.

Weiters wird über den Unterschied zwischen AHS und BHS gesprochen, wobei die AHS und ihre Lehrer/innen heftig kritisiert werden. BHS Lehrer/innen bringen oft Praxiserfahrung aus dem Wirtschaftsleben mit. Auch in den allgemeinbildenden Fächern würden BHS Lehrer/innen lebensnaher unterrichten. AHS Lehrer/innen verbringen ihr ganzes Leben nur in der Schule und an der Universität.

Dr. Zemanek meint, dass die BHS Lehrer/innen mit großer Begeisterung unterrichten, dadurch begeistern sie auch eher ihre Schüler/innen.

Die Wirtschaft braucht beide Schultypen, Bildung darf nicht nur von ökonomischem Nutzen geprägt sein.

Dr. Nagler vom bm:ukk sieht ein Grundübel in der Lehreraus- und -fortbildung, die zu stark auf das Fachliche konzentriert ist und zu wenig auf Persönlichkeitsbildung achtet.

Dr. Schillhammer, Ombudsfrau im SSR Wien, schlägt vor, dass Lehrer/innen der Vorzug gegeben werden sollte, die gleichzeitig in der Wirtschaft arbeiten. Es wird noch so viel unnötiger Ballast unterrichtet. Die meisten Beschwerden kommen aus der AHS.

Dr. Wöll vom LSR Tirol sieht in der frühen Selektion ein Problem und bedauert, dass die Neue Mittelschule nicht stärker ausgeweitet wird, der Vertreter des LSR Steiermark meint, dass die Schul-

strukturen und der Fächerkanon überdacht werden müssten.

Das Lehrerdienstrecht wird als Hemmschuh in vielen Bereichen gesehen.

Dr. Sözen meint, dass Schule und Wirtschaft zusammengehören, auch Dr. Zemanek sieht beide als gleichrangige Partner. *Dr. Smekal* warnt, dass Wirtschaft nicht alles ist. Sie ist Teil unseres Gesellschaftssystems, Schüler/innen müssen wirtschaftliche im Kontext zu sozialen Systemen verstehen lernen.

Univ.Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur der der Österreichischen Nationalbank, befasst sich mit der bildungspolitischen Verantwortung der Wirtschaft für Lebenslanges Lernen. Wirtschaft kann aus der Sicht der Konsumenten oder der Produzenten betrachtet werden. Wirtschaft war immer durch Konflikte gekennzeichnet, verschiedene Ziele sind nicht gemeinsam zu erreichen, z.B. Preisstabilität versus Wachstum. In letzter Zeit wird wieder ein stärkeres Gewicht auf die Wirtschaftsgeschichte gelegt, in den USA wird das Studium wieder drauf ausgerichtet, Europa hinkt immer fünf Jahre hinterher. Der Wechsel von Boom und Depression ist systemimmanent.

Der Zusammenhang zwischen Ertrag und Risiko muss transparent gemacht werden (z.B. bei Fremdwährungskrediten). Die Nationalbank bietet viele Seminare für den Schulbereich an.

Dr. Peter Härtel, Volkswirtschaftliche Gesellschaft Steiermark, befasst sich mit Schulprojekten als Fenster zur Wirtschaft. Schule soll Talente entdecken und fördern, diese dann sinnvoll einsetzen und die Neugier und Lernlust unterstützen. Er verweist auf SchOG § 2 und den Grundsatzterlass zum Projektunterricht. Projekte sollen Schlüsselqualifikationen fördern. Technik an der AHS hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Er verweist auf die Junior Projekte, die rechtlich fiktiv, operativ real sind.

Die Kompetenz der Lehrenden ist sehr wichtig. Er setzt auf die Bildungsstandards, die es in allen Bereichen geben sollte und die er um Begeisterungsstandards erweitern möchte. *„Jeder Lehrer muss jeden Schüler ein Mal pro Semester begeistern“*.

Die Rechtsvorschriften sollten in förderlicher Weise interpretiert werden. Schüler/innen werden in der Schule als viel unselbständiger empfunden als sie in der realen Welt tatsächlich auftreten.

In der 9. Schulstufe soll die persönliche Berufsorientierung ermöglicht werden, derzeit gibt es große Probleme in der Polytechnischen Schule.

Der Innsbrucker Rechtsanwalt **Dr. Stefan Warbek** spricht zum Thema Urheberrecht und Schule. Er ist der Erste an diesem Tag, der eine Power Point Präsentation zeigt.

Die Situation bezüglich Urheberrecht ist für viele „ein Buch mit sieben Siegeln“. Zwei Meinungen stehen einander gegenüber „In der Schule, für die Schule darf man alles“ und „Ich traue mich gar nichts zu vervielfältigen“. Unsicherheit herrscht sowohl bei Lehrer/innen als auch bei Schüler/innen. Vieles, was geglaubt wird, stimmt nicht.

Er stellt dann eine Liste von „Dos and Don'ts“ vor, die wir gerne ins Internet stellen möchten. Interessant war die Bemerkung, dass für Kopien aus Papier ein gewinnkalkuliertes Entgelt eingehoben werden darf. Für elektronisch angefertigte Kopien gilt das nicht.

Dr. Florian Becke von CAST befasst sich mit Patentrecht und Schule. CAST ist ein seit 2002 bestehendes Gründungsberatungsprogramm. Schüler/innen sind die Unternehmer/innen von morgen, man muss daher das unternehmerische Denken an den Schulen fördern. Kooperationen zwischen Start ups und Schulen sind sinnvoll aber wegen des Status der Schule nicht einfach. Die Ergebnisse der Kooperationsarbeit müssen schulrechtlich gesichert werden.

Dr. Theodor Thanner, Generaldirektor der seit 2002 bestehenden Bundeswettbewerbsbehörde, die einen funktionierenden Wettbewerb sicher stellen soll, beleuchtet die Frage von Wettbewerbsverzerrungen durch Schulprojekte. Schulen fallen kartellrechtlich unter den Unternehmensbegriff. Sie könnten vom Kartellverbot erfasst werden, allerdings muss ihnen fehlende Marktmacht zugebilligt werden.

Josef Leitner von der AK Wien befasst sich mit dem Ferialpraktikum. Jährlich werden etwa 150 000 Praktika mit einer Durchschnittsdauer von 6 Wochen absolviert. Bereits 1989 wurde ein parlamentarische Anfrage an den damaligen Sozialminister gestellt, der aber auf die Zuständigkeit des Unterrichtsministeriums verwies. Der derzeitige Sozialminister Hundsdorfer sieht im Pflichtpraktikum ein Arbeitsverhältnis. Es gibt gewisse Schutznormen für die Schüler/innen, aber keine Sanktionsmaßnahmen bei Nichteinhaltung. 2008 erklärte der OGH, dass Absolvent/innen eines Pflichtpraktikums nicht unter die Kollektivvertragsnorm fallen, da sie nicht das lebensnotwendige Einkommen aus dem Praktikum beziehen und mit untergeordneten Verrichtungen befasst sind, die nicht so effizient sind. Rechtssicherheit für Jugendliche ist notwendig.

Vizepräsidentin HR Dr. Irmgard Moser beschließt die Veranstaltung und nimmt dabei die AHS in Schutz, bei der es nur notwendig wäre, sie etwas mehr für die Wirtschaft zu interessieren.